Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 05. Februar 2004 um 18.25 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Dr. Küntzer

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller (außer Ziff. 9)
Stadtrat Schmidt
Stadtrat May

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtfrau Hartmann

Amtsrat Teichmann
Dipl.-Ing. Lepelmann
Oberamtsrat Schwarz (Ziff. 8)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Als Gäste:

Bgm. Böhm
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Baier
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Richter
Stadtrat Konrad
Stadträtin Schmidt (bis 19.50 Uhr; Ziff. 10)

Entschuldigt fehlten:

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Oberbürgermeister Moser mit, dass Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung – Auftragsvergaben – von der Tagesordnung genommen worden ist.

1. Königlich Privilegierte Schützengesellschaft von 1408 Kitzingen;
Neubau einer Schießanlage

- Mit 13 : 0 Stimmen –

1. Der mit Stadtratsbeschluss vom 06.07.2000 an die Schützengesellschaft zum Neubau einer Schießanlage bewilligte Zuschuss in Höhe von 10 % der zuwendungsfähigen Kosten, maximal 12.271 €, kann nach Baufortschritt ausbezahlt werden.
2. Die von der Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern am 03.06.1991 geleistete Ablösesumme von 17.895,22 € für die geforderten Lärmschutzmaßnahmen wird an die Schützengesellschaft wie folgt ausbezahlt:
In zwei Raten von je 8.947,61 €, 1. Rate sofort nach Baubeginn und die 2. Rate nach Prüfung des Verwendungsnachweises und Bestätigung der Einhaltung der Lärmschutzauflagen.
3. Die von der Schützengesellschaft beantragte Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Kitzingen für einen Kredit in Höhe von 60.000 € wird nicht gewährt.

2. Zuschuss zum Landkreisfaschingsumzug 2004 in Kitzingen

- A) Nach den Ausführungen von Berufsmäßiger Stadtrat Groß, als Vertreter der KiKaG, schlägt Stadträtin Wallrapp vor, den Zuschuss im Bereich Feste und Märkte von 3.000 € auf 1.500 € zu reduzieren.
Auf die Frage von Stadträtin Dr. Endres-Paul, ob sich der Stadtmarketingverein auch am Faschingsumzug beteiligt, erwidert Berufsmäßiger Stadtrat Groß, dass dieser zwar miteingebunden gewesen ist, sich aber weder finanziell noch aktiv am Umzug beteiligen wird.
Stadtrat Heisel kommt auf den Vorschlag von Stadträtin Wallrapp zurück und stellt den Antrag, den Zuschuss bei Feste und Märkte auf 1.500 € zu kürzen.
Stadträtin Wallrapp bittet noch einmal darum, auf den Stadtmarketingverein zuzugehen und um Beteiligung zu bitten.

B) – Mit 3 : 10 Stimmen –

Auf Antrag der Kitzinger Karnevals-gesellschaft genehmigt die Stadt Kitzingen für die Durchführung des Landkreisfaschingsumzugs 2004 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 3.000 € - Feste und Märkte, Hst. 3400.6790 – und 2.000 € - Heimat- und Kulturpflege.

C) – Mit 11 : 2 Stimmen –

Auf Antrag der Kitzinger Karnevalsgesellschaft genehmigt die Stadt Kitzingen für die Durchführung des Landkreisfaschingsumzugs 2004 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 3.500 €, aufgeteilt auf die Hst. 3400.6790 (Bauhofsleistungen) und Heimat- und Kulturpflege.

3. Budgetierung von städtischen Einrichtungen; Teilbudgets der Schulen

- Mit 13 : 0 Stimmen -

Im Haushaltsjahr 2004 werden für die Schulen in der Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Kitzingen aufgrund der neuen Schülerzahlen folgende Teilbudgets festgelegt:

Volksschule KT-Siedlung Grundschule (Ring A070)	16.744 € plus 4.000 €
Volksschule KT-Siedlung Hauptschule (Ring A072)	20.240 €
St.-Hedwig-Schule (Ring A024)	28.756 € plus 5.000 €
D.-Paul-Eber-Schule (Ring A071)	38.916 € plus 3.000 €
Friedrich-Bernbeck-Schule (Ring A073)	24.990 €

4. Budgetierung des Sachgebiets Steuerverwaltung

- Mit 13 : 0 Stimmen –

Das Budget des Sachgebiets 22 – Steuerverwaltung – für 2004 wird auf 117.830,00 € festgesetzt. Ein eventueller Budgetüberschuss des Jahres 2003 wird nicht in das Jahr 2004 übertragen.

5. Budget Amt 2, SG 232, Forstbetrieb, UA 8551

- Mit 13 : 0 Stimmen –

Das Budget für das Jahr 2004 wird auf 51.200,00 € festgesetzt. Die im Jahr 2003 nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget in Höhe von ca. 8.750,21 € werden nicht in das Jahr 2004 übertragen.

6. Kanalverlängerung Kaltensondheimer Straße

A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert den Sachverhalt. Auf die Frage von Stadtrat Weiglein, ob eine angemessene Frist gesetzt wird, bejaht dies Berufsmäßiger Stadtrat Groß und sagt zu, dies mit den Betroffenen und den zuständigen Fachbehörden abzustimmen. Stadtrat Weiglein bittet, dies auch in den Beschluss aufzunehmen. Stadtrat Müller regt an, die Angelegenheit nochmals im Stadtentwicklungsbeirat zu diskutieren.

B) – Mit 10 : 3 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.
2. Der Beschluss des Stadtrates vom 01.07.1999 wird aufrecht erhalten. Danach wird aufgrund der hohen Kosten auf eine kanalmäßige Erschließung verzichtet. Die Anlieger sind aufzufordern, eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Grundstücksentwässerungsanlage zu errichten.
Zur Umsetzung der Maßnahme werden angemessene Fristen gesetzt.

C) Bgmin. Gold bittet Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel um Überprüfung, ob Stadtrat Müller in dieser Angelegenheit mitstimmen darf (persönliche Beteiligung).

7. Sportzentrum Sickergrund;
Erneuerung Beregnungsanlage

- Mit 12 : 1 Stimme –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Es besteht Einverständnis damit, die Beregnungsanlage im Rasenspielfeld im Jahr 2004 zu erneuern. Die Kosten hierfür betragen ca. 25.000,-- €.

8. Personalgebühren für die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kitzingen

A) Oberamtsrat Schwarz erläutert den Sachverhalt.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ist der Auffassung, dass 20 % oder 30 % der Personalgebühren im städtischen Haushalt verbleiben sollten, da der gesamte Arbeitsaufwand bei der Stadt Kitzingen liegt.
Stadtrat Heisel plädiert dafür, dass die Personalkosten weiterhin zu 100 % auf die Feuerwehr übertragen werden sollten, allerdings sollte ein Verwendungsnachweis vorgelegt werden.
Dies sagt Oberamtsrat Schwarz zu.

B) – Ohne Abstimmung –

Die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Kitzingen erhalten bei den nach der „Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen städtischer Feuerwehren“ verrechenbaren Einsätzen einen Anteil von 100 v. H. von den vereinnahmten Personalkosten. Die von den Arbeitgebern geltend gemachten Lohnersatzforderungen sind in Abzug zu bringen.

9. Europawahl 2004

Nach den Ausführungen von Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel, bezüglich der Reduzierung der Wahllokale an der Europawahl, regt Stadtrat Weiglein an, dort die Wahllokale zu reduzieren, wo bereits mehrere vorhanden sind (z.B. Siedlungsschule, Florian-Geyer-Halle). Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel sagt zu, bis zur kommenden Stadtratssitzung eine Auflistung vorzulegen, welche Wahllokale gestrichen werden sollen und welche nicht. Dann erst soll ein Beschluss gefasst werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

10. Regionalplan der Region Würzburg;

7. mit 11. Änderung;
Beteiligungsverfahren

A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert ausführlich den Sachverhalt. Stadtrat Weiglein bemängelt, dass zu wenig Zeit sei, um sich ausführlich damit zu befassen. Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, bei der Regierung von Unterfranken eine Fristverlängerung bis Ende März zu erwirken.

B) – Ohne Abstimmung –

Die Angelegenheit wird zur Beratung in die Fraktionen bzw. Gruppen verwiesen.

11. Aufstellung eines B-Plans Nr. 82 „Buddental-West“ mit Grünordnungsplan sowie Teiländerung Nr. 23 des Flächennutzungsplans (FNP) mit Anpassung des Landschaftsplans (LP) im gleichen Bereich

- Mit 13 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, für den fraglichen Teilbereich „Buddental-West“ ein Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans (Nr. 23) einzuleiten mit Anpassung des Landschaftsplanes– als Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB. Das Gebiet soll als Wohnbauland ausgewiesen werden.
3. Es besteht ferner Einverständnis, für den o.a. Teilbereich nordwestlich der Keltenstrasse im ein Wohnbaugebiet auszuweisen auf der Grundlage der Alternative 2.
Der Geltungsbereich umfasst die Fl.Nrn. 4035 Tfl., 4047, 4048, 4049, 4050, 4051/3, 4109 Tfl., 4110 Tfl.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Verfahrensschritte durchzuführen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, einen Vertrag für die Erstellung eines Grünordnungsplanes abzuschließen auf der Grundlage des Angebotes Arc-grün (KT) zum Preis von 6.400,00 €.

12. Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Kommunalprogramms (Südstadt)

- Mit 13 : 0 Stimmen -

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass im Bereich der Südstadt weitere Maßnahmen durchgeführt wurden.
Geprüfte Schlussrechnungen liegen vor; somit können die Anträge entschieden werden.

1.1 Moltkestr. 21

Durchgeführte Arbeiten:	Dachdecker u Spenglerarbeiten
geprüfte Bausumme:	34.609,43 €
davon zuschussfähig:	27.487,37 €
vorgeschlagene Zuschussquote:	12 %

vorgeschlagener Zuschuss: 3.298,00 €

1.2 Innere Sulzfelder Str. 2

Durchgeführte Arbeiten: Dachdecker-, Schlosser-, Glaser-,
Maurer-, Natursteinarbeiten u. Außenan-
lagen
geprüfte Bausumme: 159.432,34 €
davon zuschussfähig: 77.538,42 €
vorgeschlagene Zuschussquote: 12 %
vorgeschlagener Zuschuss: 4.000,00 € (Maximalzuschuss)

13. Haushaltsüberschreitung: Hst. 2201.9410 und Hst. 6322.9502

- Mit 13 : 0 Stimmen -

Den Anträgen auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2003 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungsbeitrag
<u>Vmh:</u> 2201 9410	Realschule; Baufreimachung der Grundstücke bisher bereitgestellt somit insgesamt	350.000,00 €	1.700,00 € <u>122.000,00 €</u> <u>123.700,00 €</u>
6322 9502	Baugebiet Deuster-Areal; Baugrunduntersuchung bisher bereitgestellt somit insgesamt	40.000,00 €	705,00 € <u>51.776,00 €</u> <u>52.481,00 €</u>

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt für HSt.:

2201 9410 durch Mehreinnahmen bei HSt. 6400 3521 – Verschiedene Ortsstraßen;
Erschließungsbeiträge

6322 9502 durch Mehreinnahmen bei HSt. 6400 3521 – Verschiedene Ortsstraßen;
Erschließungsbeiträge

14. Information von Oberbürgermeister Moser; Zusätzliche Termine für Stadtratsmitglieder

Oberbürgermeister Moser informiert, dass am 10.02.2004 ein Gespräch mit T-Mobile stattfinden wird, zu dem auch Vertreter der Fraktionen bzw. Gruppen eingeladen sind. Weiter teilt er mit, dass am 17.02.2004 um 17.00 Uhr eine nichtöffentliche Stadtratssitzung sein wird, in der die Planungen der Dorferneuerung Etwashausen vorgestellt werden.

15. Bitte von 2. Bgmin. Gold; Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung

2. Bgmin. Gold bezieht sich auf den Beschluss des Stadtrates hinsichtlich der Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung. Sie habe angeregt, auch die Beleuchtung auf der Konrad-Adenauer-Brücke miteinzubeziehen. Allerdings hat die Presse diese Anregung auf die Nordbrücke bezogen. Sie bittet dies richtig zu stellen.

16. Anfragen von Stadtrat Schmidt;
Informationen Deuster-Areal und Großlangheimer Straße

Stadtrat Schmidt fragt nach weiteren Informationen zum Deuster-Areal und dem Gewerbegebiet Großlangheimer Straße.

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass bezüglich des Deustergrundstückes eine Information nach den Haushaltsberatungen erfolgen wird. Hinsichtlich des Gewerbegebietes Großlangheimer Straße erklärt er, dass hier noch Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bzw. dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium Bayern zu führen sind wegen der Nebenstrecke Schweinfurt und des gewünschten und nötigen Bahnübergangs zur verkehrlichen Erschließung des Gebietes.

17. Anfrage von Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene;
Reduzierung Zuschüsse Kommunalprogramm

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt nach, ob die Zuschüsse im Rahmen des Kommunalprogramms reduziert werden können.

Oberbürgermeister Moser ist der Meinung, dass dies grundsätzlich zu diskutieren wäre und nicht bei den einzelnen Fällen vorgenommen werden sollte.

18. Bitte von 2. Bgmin. Gold;
Informationen bezüglich Gespräch mit T-Mobile

2. Bgmin. Gold bittet um Übermittlung von Informationen, welches Thema bei dem Gespräch mit T-Mobile zur Diskussion steht.

Dipl.-Ing. Lepelmann erklärt, dass es sich um die Anlage am Oberbäumle bzw. Kaltensondheimer Straße handeln wird.

2. Bgmin. Gold bittet noch darum, vor der Besprechung mit T-Mobile die Infos an die Teilnehmer des Besprechungstermins weiterzugeben.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.15 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose